



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

19. Sitzung (öffentlich)

11. April 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:10 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsfachberufweiterentwicklungsgesetzes	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2113	

Peter Preuß (CDU) beantragt eine Anhörung.

- 2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016** 7
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2121
- Susanne Schneider (FDP) beantragt eine Anhörung zu dem
Gesetzentwurf. 7
- 3 Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechts in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz (BauModG NRW)** 8
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2166
- Der **Ausschuss** beschließt, **pflichtig** an der Anhörung am
4. Mai 2018 teilzunehmen.
- 4 Zukunftskonzept Schulsozialarbeit erarbeiten** 10
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1121
Ausschussprotokoll 17/211
- Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales lehnt** den **Antrag**
der SPD-Fraktion Drucksache 17/1121 mit den Stimmen der
Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der
Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab**.
- 5 Entsenderichtlinie reformieren – Beim Aufbau einer sozialeren Europäischen Union helfen** 14
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1122
Ausschussprotokoll 17/220

6 Nordrhein-Westfalen in Europa II: Grenzüberschreitende Vernetzung mit den Niederlanden und Belgien in den Bereichen Arbeitsmarkt und Hochschulen intensivieren und strukturelle Verknüpfungen ausbauen 14

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/1661
Ausschussprotokoll 17/191

7 Keine Kürzungen bei der Sozialen Wohnraumförderung: NRW braucht mehr mietpreisgebundenen Wohnungsbau und nicht weniger! 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1438
Ausschussprotokoll 17/221

Die Beratung über die Tagesordnungspunkte 5-7 wird verschoben.

8 Evaluation der Erfahrungen mit der Verordnung über die Hygiene und Infektionsprävention medizinischer Einrichtungen Nordrhein-Westfalen (HygMedVO) 15

Bericht der Landesregierung (s. Anlage 1)
Vorlage 17/614

MR Dr. Regine Kämmerer (MAGS) beantwortet Fragen der Abgeordneten.

9 Vorstudie zur Erforschung des Medikamenteneinsatzes in Kinderheimen, Einrichtungen der öffentlichen Erziehung und heilpädagogischen und psychiatrischen Anstalten (Information 17/20) 18

Bericht der Landesregierung (s. Anlage 2)
Vorlage 17/669

LMR Dr. Frank Stollmann (MAGS) beantwortet Fragen der Abgeordneten.

- 10 Sexuelle wechselübertragbare Infektionen – Entwicklung, Maßnahmen und Perspektiven 20**
- Bericht der Landesregierung (s. Anlage 3)
Vorlage 17/671
- Serdar Yüksel (SPD) beantragt eine Anhörung zu dem Thema.
- 11 Gemeinsames Landesgremium im Sinne des § 90a SGB V (sog. „90a-Gremium“) 22**
- Bericht der Landesregierung (s. Anlage 4)
Vorlage 17/672
- LMR Dr. Frank Stollmann (MAGS) beantwortet Fragen der Abgeordneten.
- 12 Probleme bei der Umsetzung der Regelung zur Finanzierung der Notfallsanitäterausbildung in Nordrhein-Westfalen 24**
- Bericht der Landesregierung (s. Anlage 5)
Vorlage 17/683
- Diskussion
- 13 Hartz IV-Bezieher/-innen in der beruflichen Weiterbildung abgehängt? 27**
- Bericht der Landesregierung (s. Anlage 6)
Vorlage 17/677
- Aussprache
- 14 Werden Selbstorganisationen von Menschen mit Behinderung bei der Förderung der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung nach § 32 SGB IX angemessen berücksichtigt? 30**
- Bericht der Landesregierung (s. Anlage 7)
- LMR Roland Borosch (MAGS) trägt einen Bericht vor.
- 15 Verschiedenes 33**
- Siehe Diskussionsteil.

1 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsfachberufweiterentwicklungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2113

Vorsitzende Heike Gebhard merkt an, der Arbeitsausschuss sei federführend, auch sei er der alleinige beratende Ausschuss. Heute gehe es um eine Verfahrensabsprache, die die Obleute bereits vorbereitet hätten.

Peter Preuß (CDU) beantragt eine Anhörung.

Vorsitzende Heike Gebhard betont, die Obleute hätten sich bereits auf einen Termin verständigt, nämlich den 20. Juni, in der Zeit von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr.

